

307/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Kurzmann, Dr. Ofner, Dr. Paphazy, Mainoni, Jung, Dr. Graf und Kollegen
an den Herrn Bundesminister für Justiz Dr. Nikolaus Michalek
betreffend Nachkriegsverbrechen an österreichischen Staatsbürgern in Slowenien

Wie zahlreichen Meldungen in ausländischen Medien der letzten Monate zu entnehmen ist, kommen immer häufiger die grausamen Nachkriegsverbrechen der damaligen kommunistischen Machthaber in Slowenien ans Tageslicht. So wurden unlängst von Mitgliedern der „Regierungskommission für Wiedergutmachung von Nachkriegsverbrechen“ in der Nähe von Windischgraz und Gonobitz Massengräber mit tausenden Opfern der Massaker an der Zivilbevölkerung, Heimwehrleuten und deutschen Flüchtlingen aus den Jahren 1945/46 ausfindig gemacht und besichtigt.

In der Zeitung „Vecer“ (Nr. 232 vom 6.10.1999) wurde ein Zeuge unter dem Titel: „Warum decken die Historiker die verschwiegenen Gräber nicht auf!“, zu den Verbrechen der Nachkriegszeit befragt und bestätigte die schrecklichen Funde der Gräber von mindestens 30.000 Menschen die vom 12. Mai 1945 bis Juni 1950 auf einer Länge von 5 Kilometern dort verscharrt wurden. So seien auch in den Bergwerken rund um die Kartause Seiz, im Brunnen des Klosters und im Garten Menschen, wie die Familie Attems, Geistliche, Ordensschwestern, hohe Offiziere, Mitglieder der steirischen Intelligenz sowie Frauen und Kinder brutal ermordet und vergraben worden. Umgebracht wurden damals nicht nur unschuldige Slowenen, sondern auch Juden, Deutsche, Kroaten und Serben. Laut Zeugenaussagen sind die für die damaligen Verbrechen verantwortlichen Militärs und Politiker namentlich bekannt, blieben aber bis zum heutigen Tage von der Justiz völlig unbehelligt.

Ein Vergleich mit anderen europäischen Staaten, etwa Italien zeigt, daß die italienische Justiz sehr wohl versucht, Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch im „Ausland“ zu ahnden.

Nach einem weiteren Bericht im „Vecer“ (Nr. 163 vom 17.7.1999) brachte der italienische Staatsanwalt Giuseppe Pititto Ende Mai 1999 bei Gericht neuerlich eine erweiterte Anklage gegen einige Partisanen wegen Genozids in den Jahren 1943 bis 1947 in den Fojben (Höhlen) im Karstgebiet ein. Bisher wurden vier Haftbefehle und die Auslieferungsforderungen für drei kroatische Staatsbürger ausgestellt

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz
Dr. Nikolaus Michalek nachstehende

ANFRAGE

- 1) Sind Ihnen die oben angeführten Sachverhalte bekannt?
Wenn ja, seit wann haben Sie davon Kenntnis und welche konkreten Maßnahmen haben Sie bisher ergriffen um Menschenrechtsverbrechen an österreichischen Staatsbürgern in Slowenien in den Jahren 1945 und 1946 zu ahnden?
- 2) Wie beurteilen Sie die Vorgangsweise der italienischen Justiz im Zusammenhang mit den oben geschilderten Vorkommnissen?
- 3) Werden Sie nun durch die jüngste Diskussion und Aufdeckung dieser angeführten Verbrechen die zuständigen Stellen der österreichischen Justiz auffordern bekannt gewordenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verfolgen?
Wenn ja, wie sieht die konkrete Vorgangsweise aus?
Wenn nein, aus welchen konkreten Gründen?